

Name und Anschrift (Referendar*)

- bitte in Blockschrift ausfüllen -

Az: _____
Einstellungsjahrgang: _____

Herrn Präsidenten
des Oberlandesgerichts
- Referat II -
Am Domplatz 10
06618 Naumburg (Saale)

**Juristischer Vorbereitungsdienst im Land Sachsen-Anhalt
Ausbildung im fünften Ausbildungsabschnitt (Wahlstation) –
§§ 38 und 39 JAPrVO LSA**

I.

Hiermit bestimme ich gemäß § 38 Abs. 2 JAPrVO LSA folgenden Schwerpunktbereich
(zutreffendes ist angekreuzt):

- | | |
|---|---|
| <input type="checkbox"/> Zivilrecht | <input type="checkbox"/> Strafrecht |
| <input type="checkbox"/> Wirtschaftsrecht | <input type="checkbox"/> Verwaltungsrecht |
| <input type="checkbox"/> Arbeitsrecht | <input type="checkbox"/> Steuerrecht |
| <input type="checkbox"/> Sozialrecht | <input type="checkbox"/> Europarecht |

II.

Für die Zeit meiner Ausbildung in der Wahlstation bitte ich um Zuweisung zu:

(bitte nur Einzelausbilder angeben; Akad. Grad, Vorname, Name)

(bitte vollständige Anschrift d. Firma, Behörde, Kanzlei, sonstiges)

(E-Mail-Adresse)

Die schriftliche Bestätigung der Ausbildungsstelle ist:

- beigefügt
- wird umgehend nachgereicht.

Hinweise:

1. Die Überweisung an Ausbildungsstellen des fünften Ausbildungsabschnittes setzt voraus, dass geeignete Ausbilder zur Verfügung stehen, die die Befähigung zum Richteramt oder zum Zugang zum zweiten Einstiegsamt der Laufbahn Allgemeiner Verwaltungsdienst der Laufbahngruppe 2 oder bei einer Ausbildung im Ausland eine entsprechende Qualifikation besitzen. Von diesem Erfordernis kann im Einzelfall abgesehen werden, wenn das Ausbildungsziel auf andere Weise erreicht wird.
2. Eine Zuweisung an Rechtsanwälte* erfolgt nur, wenn diese als solche hauptberuflich tätig sind. Darüber hinaus setzt die Zuweisung an einen Rechtsanwalt* voraus, dass dieser in der von der zuständigen Kammer zu führender Liste der Ausbilder* verzeichnet ist. In Bundesländern, deren Rechtsanwaltskammer keine Ausbilderliste führt, genügt die schriftliche Bestätigung des Rechtsanwalts*, dass er länger als zwei Jahre zur Rechtsanwaltschaft zugelassen ist. Eine Zuweisung an mehrere Anwälte gleichzeitig oder an eine Anwaltssozietät als Ganzes kommt nicht in Betracht. Jedem Rechtsanwalt* wird grundsätzlich nur ein Rechtsreferendar* zur Ausbildung zugewiesen.
3. Die antragsgemäße Zuweisung an eine Ausbildungsstelle an einem anderen Ort als dem bisherigen Dienst- und Wohnort begründet keinen Anspruch auf Erstattung hierdurch entstehender notwendiger Mehrauslagen. In der antragsgemäßen Zuweisung zu einer auswärtigen Ausbildungsstelle liegt keine Anerkennung des Tätigwerdens des Referendars* im Sinne des Sondertatbestands des überwiegend dienstlichen Interesses nach § 7 Abs. 4 JAG LSA.
4. Eine Zuweisung wird nur dann vorgenommen, wenn die Ausbildungsstelle (gilt nicht für Justiz und öffentliche Verwaltung) erklärt, keine zusätzlichen Ausbildungsentgelte zu zahlen oder aber sich bereit erklärt, bei einer Zahlung eines zusätzlichen Ausbildungsentgeltes den auf das zusätzliche Ausbildungsentgelt entfallenden Arbeitgeberanteil an den Sozialversicherungsbeiträgen dem Finanzamt Dessau-Roßlau, Bezügestelle, auf Anforderung zu erstatten. **Der Ausbildungsvertrag ist beizufügen.**

(Ort, Datum)

(Unterschrift)

An das
Oberlandesgericht Naumburg
- Referat II -
Am Domplatz 10
06618 Naumburg (Saale)

Einverständniserklärung / Ausbildungszusage:

I.

Ich erkläre mich bereit, den Rechtsreferendar*

im Rahmen der Wahlstation gem. §§ 38, 39 JAPrVO LSA im Schwerpunktbereich:

in der Zeit vom _____ bis _____ auszubilden.

II.

Ich besitze die Befähigung zum Richteramt oder zum Zugang zum zweiten Einstiegsamt der Laufbahn Allgemeiner Verwaltungsdienst der Laufbahngruppe 2 oder bei einer Ausbildung im Ausland eine entsprechende Qualifikation.

Bei Rechtsanwälten*

- innerhalb des Landes Sachsen-Anhalt:

Ich bin in der von der zuständigen Kammer zu führender Liste der Ausbilder verzeichnet.

- außerhalb des Landes Sachsen-Anhalt:

Ich bin in der von der zuständigen Kammer zu führender Liste der Ausbilder verzeichnet.

Ich bin seit mindestens zwei Jahren als Rechtsanwalt* zugelassen.

(Erstzulassungsdatum: _____)

III.

Mir ist bekannt, dass im Falle der Zahlung von Zusatzentgelten an den Referendar* ggfs. anfallende Sozialversicherungsbeiträge und Lohnsteuern durch das Finanzamt Dessau-Roßlau, Bezügestelle, abgeführt werden.

Ich erkläre mich bereit, den auf das zusätzliche Ausbildungsentgelt anfallenden Arbeitgeberanteil an den Sozialversicherungsbeiträgen dem Finanzamt Dessau-Roßlau, Bezügestelle, auf Anforderung zu erstatten.

Ein zusätzliches Ausbildungsentgelt wird gezahlt:

ja, in Höhe von _____ € (brutto)

nein.

(bitte nur Einzelausbilder angeben; Akad. Grad, Vorname, Name)

(bitte vollständige Anschrift d. Firma, Behörde, Kanzlei, sonstiges)

(Telefonnummer)

(E-Mail-Adresse)

(Aktenzeichen)

(Ort, Datum)

(Kanzlei- bzw. Firmenstempel und Unterschrift)